

ANTISEMITISMUS

„Das ist Wortklauberei“

Wolfgang Benz, 60, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, zur Entscheidung des Kemptener Landgerichts, den ehemaligen Republikaner-Chef im Oberallgäu, Hermann Josef Reichertz, vom Vorwurf der Beleidigung freizusprechen. Reichertz hatte den Vizepräsidenten des Zentralrats der



Juden in Deutschland, Michel Friedman, als „Zigeunerjuden“ bezeichnet.

Juden in Deutschland, Michel Friedman, als „Zigeunerjuden“ bezeichnet.

SPIEGEL: Herr Professor Benz, „Zigeunerjude“, sagen die Kemptener Richter, sei eine zulässige Meinungsäußerung. Müssen wir solche Äußerungen künftig also tolerieren?

Benz: Überhaupt nicht. Die Äußerung ist wegen ihres antisemitischen Hintergrunds eine grobe Beleidigung und muss als solche natürlich strafrechtlich verfolgt werden.

SPIEGEL: Das Landgericht argumentiert, der Begriff Zigeuner sei wertfrei, der Begriff Jude auch, also könne beides zusammen keine Beleidigung sein.

Benz: Das ist doch Wortklauberei. Da fällt einem wirklich der Satz von Ludwig Thoma ein: Einser-Jurist und auch sonst von mäßigem Verstand. Jemanden als „Zigeunerjuden“ zu bezeichnen bündelt die Ressentiments, die gegenüber verschiedenen Minderheiten in

den Köpfen spuken, und verstärkt sie. Nach der kruden Logik des Kemptener Landgerichts wäre dann ja auch Dreck-sack keine Beleidigung mehr. Dreck ist Materie und Sack ein Behältnis, beides völlig wertfrei.

SPIEGEL: Ist das Kemptener Urteil Folge einer schleichenden Enttabuisierung antisemitischer Denkmuster?

Benz: Von dieser Enttabuisierung wird immer gern gesprochen, aber tatsächlich findet sie nicht statt. Hier geht es um einen Einzelfall, auf den man aber mit aller gebotenen Schärfe reagieren muss. Denn die Rechten versuchen immer wieder, den demokratischen Konsens auf die Probe zu stellen. Der Rechtsradikale, der Herrn Friedman beleidigt hat, wusste, was er tat. Und die Richter, die das Urteil zu verantworten haben, mögen möglicherweise Herrn Friedman nicht, weil er ihnen im Fernsehen nicht so gut gefällt wie Verona Feldbusch. Jedenfalls haben sie offenbar nach einem Ausweg gesucht, wie man den Begriff ganz formal entschärfen kann. Ich bin sicher, dieses Urteil wird keinen Bestand haben.



Friedman (r.), Zentralratsvorsitzender Paul Spiegel

PARTEIENSTIFTUNG

Aus Ost mach West

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat nach Feststellungen des Bundesrechnungshofs über Jahre Bundeszuschüsse zweckentfremdet und muss möglicherweise mehrere Millionen Mark an den Bund zurückzahlen. Die Finanzprüfer werfen der Grünen-nahen Stiftung vor, ihr Personal zu hoch entlohnt zu haben: Die überwiegende Zahl der Angestellten hätte nach dem Bundesangestelltentarif Ost bezahlt werden müssen; vergütet wurde aber der höhere West-Tarif. Die Prüfer monieren auch, dass die Stiftung

ihrer Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen erhebliche Preisnachlässe bei der Anmietung von Tagungsräumen gewährt habe. Dies sei möglicherweise eine „unzulässige Parteispende“. Das Innenministerium muss nun prüfen, ob Bundeszuschüsse zurückgefordert werden. Die Böll-Stiftung hält dagegen, sie bezahle ihre Mitarbeiter immer noch niedriger als vergleichbare Institutionen; den Grünen werde mittlerweile der volle Mietpreis berechnet. Die Stiftung erhält pro Jahr etwa 18 Millionen Mark vom Bund.